

SPAM-Info

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich hoffe, ihr habt die heissen Sommertage in den Sommerferien geniessen können und seid nun wieder bereit für die Politik.

Am 4. März 2018 finden die Stadt- und Gemeinderatswahlen statt. Darum beginnen wir jetzt so langsam mit dem Wahlkampf. Am Dienstag 22. August 2017 nahmen wir an der Mitgliederversammlung die GGR-Liste mit den 60 Kandidierenden ab. Als zusätzliche Stadtratskandidatin wurde Christa Meier nominiert. Sie kandidiert zusammen mit den beiden bisherigen Stadtratsmitgliedern Yvonne Beutler und Nicolas Galladé. Die ersten 30 Personen auf der GGR-Liste stellten sich kurz vor und es hat erfreulich einige junge KandidatInnen dabei. Ebenfalls hielt die Auswahlkommission am Zebra fest, so dass je 30 Männer und Frauen portiert wurden. Bereits am Freitag und Samstag, 25. und 26. August war das Fotostudio reserviert, um aktuelle Fotos aller Kandidaten/innen zu machen. Ihr seht also, es geht vorwärts im Wahlkampf. Julian Fitze ist während den nächsten 8 Monaten für die Basiskampagne zuständig.

Vor den Sommerferien war noch unsere Jahresversammlung. Im Anschluss berichtete Raffael Steiner aus dem Kantonsrat. Den Jahresbericht findet ihr auf Seite 4 dieses SPAM-Infos. Das Protokoll wird auf der Homepage aufgeschaltet. Walter Steiger ist aus dem Vorstand zurückgetreten und wurde verabschiedet. Wir freuen uns sehr, mit Jasmin Bertsch eine junge Frau gefunden zu haben, die uns im Vorstand unterstützt. Jasmin stellt sich Euch auf Seite 4 kurz vor.

Am 24. September stehen wichtige Abstimmungen an, u.a. die AHV-Reform 2020, die Abstimmung über Ernährungssicherheit, die Anti-Stau-Initiative, das Gesetz über die Heimfinanzierung, ebenso wie die Änderung des Sozialhilfegesetzes zum Nachteil für vorläufig aufgenommene Personen. Die einzige städtische Vorlage betrifft die schon längst fällige Professionalisierung der Einbürgerungsentscheide, so dass nicht mehr das Parlament - oft willkürlich - mitentscheiden kann.


Da es vor allem bei der Reform der Altersvorsorge 2020

wohl höchst knapp ausgehen wird, ist es ganz wichtig, dass wir alle von der SP abstimmen gehen. Deshalb hier der Aufruf oder die Bitte: sendet Eure Stimmcouverts rechtzeitig ein, damit wir diese wichtige Vorlage gewinnen können. Das Nein-Lager holt langsam auf. Zeigen wir also den Bürgerlichen, dass auch die SP ihre Basis mobilisieren kann!! Danke für Eure Unterstützung.

Liebe Grüsse

Martina Niedermann
SP Altstadt/Mattenbach

Parolen SP Winterthur

Winterthur	
Einheitliche Zuständigkeit bei Einbürgerungen	
Kanton Zürich	
Gegenvorschlag zur Anti-Stauinitiative	
Steuergesetz (Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs)	
Gesetz über Jugendheim und Pflegekinderfürsorge	
Sozialhilfegesetz (Aufhebung Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene)	
Schweiz	
Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	
Reform der Altersvorsorge 2020	
Ernährungssicherheit	

Schweiz:

2x JA zur Rentenreform

von Silvana Naef, Gemeinderätin, SP Altstadt/Mattenbach

Die Rentenreform, über welche wir am 24. September 2017 abstimmen, enthält zahlreiche positive Punkte. Dieser breit getragene Kompromiss bringt viele Verbesserungen für kleine Einkommen und Teilzeiteinkommen, was besonders den Frauen zugute kommt. Und sie verhindert das Rentenalter 67.

Die Rentenreform, über welche wir am 24. September 2017 abstimmen, enthält zahlreiche positive Punkte. Dazu zählt, dass der Koordinationsabzug gesenkt wird, so dass auch tiefere Einkommen versichert sind, was insbesondere für Teilzeitangestellte von Vorteil ist. Der Altersrücktritt wird flexibilisiert. Personen, welche nach 58 arbeitslos werden, müssen sich das Kapital der beruflichen Vorsorge nicht mehr auszahlen lassen, sondern können versichert bleiben und eine Rente der beruflichen Vorsorge erhalten. Schliesslich ist zu erwähnen, dass es gelungen ist, die AHV-Rente für Neurentner und Neurentnerinnen um 70 Franken zu erhöhen. Dieser Ausbau, die erste substantielle Erhöhung seit mehr als 40 Jahren, ist eine wichtige Verbesserung. Hervorzuheben ist, dass von den erwähnten Verbesserungen vor allem Personen mit tiefen Einkommen profitieren, welche im Alter tiefe Rentenleistungen erhalten.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Vorlage auch schmerzhaft Elemente enthält. Dazu gehören das Rentenalter 65 für Frauen, obwohl wir von der Umsetzung

der Lohngleichheit für Frau und Mann noch weit entfernt sind, die Senkung des Umwandlungssatzes für die Rente der beruflichen Vorsorge von 6.8 auf 6 % (wobei für über 45jährige ein Besitzstandsschutz zur Anwendung gelangt) und die Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer statt über eine einkommens- beziehungsweise vermögensabhängige Besteuerung.

Bei der Vorlage handelt es sich um einen Kompromiss, der von der SP, den Grünen, der CVP, der BDP und den Grünliberalen getragen wird. Die SP Schweiz hat zu dieser Vorlage eine Urabstimmung durchgeführt, bei welcher sich die teilnehmenden Mitglieder mit einer Mehrheit von mehr als 90 % für die Vorlage ausgesprochen haben. Ohne Reform droht dem AHV-Fonds aufgrund der demografischen Entwicklung eine finanzielle Schiefelage. Wird dies nicht verhindert, so ist zu befürchten, dass, spätestens wenn die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, Rentenaltererhöhungen auf 67 oder Kürzungen der Leistungen der AHV zur Debatte stünden. (Weitere Infos: www.sichere-renten-ja.ch)

Winterthur:

Wer erteilt das Bürgerrecht in Winterthur?

von Markus Steiner, Gemeinderat SP, Mitglied Bürgerrechtskommission

Die Vorlage, die auf eine Motion der AL/Grünen, SP, EVP und GLP zurückgeht, verlangt folgende Änderung der Gemeindeordnung: Die Zuständigkeit für den Einbürgerungsentscheid soll vom Gemeinderat an den Stadtrat übertragen werden. Dagegen wehrt sich eine breite bürgerliche Allianz.

Auf politischer Ebene sind Einbürgerungen immer wieder ein emotionales Thema. Einbürgerungen sind auch ein dankbarer Nährboden für Polemik, weil diejenigen, die letztendlich davon betroffen sind, gar kein Mitspracherecht haben. Eine Einbürgerung ist aber kein politischer Akt, sondern ein Rechtsverfahren, das auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene klar geregelt ist. Eine Behandlung der Bürgerrechtsgeschäfte durch das Parlament ist nicht mehr zeitgemäss. Eine umfassende Kompetenzverschiebung zum Stadtrat dient der Versachlichung und der Vereinfachung des Verfahrens. Das bis heute geltende Verfahren ist im Vergleich dazu schleppend und zeigt deutliche Doppelspurigkeiten. Mit

der Abschaffung der Bürgerrechtskommission verlieren wir nichts. Im Gegenteil: Wir gewinnen mehr Rechtsgleichheit, eine bessere Wahrung des Persönlichkeitsschutzes und eine Vereinfachung der Verfahrensabläufe. Mit der Vergabe des Staatskudetestes an einen externen Anbieter folgt die Vorlage konsequent hin zu einem sachlich kongruenten Verfahren, so wie es beim kantonalen Deutschttest heute bereits durchgeführt wird. Das externe Bildungsinstitut prüft dabei im Rahmen des übergeordneten Rechts Grundkenntnisse in Politik und Gesellschaft.

Die Einbürgerung ist nicht die Krönung der Integration, sie ist vielmehr Ausdruck dafür, dass sich eine Person als Teil der Gesellschaft versteht, in der sie lebt. Mit einem deutlichen JA am 24. September schaffen wir ein straffes, transparentes und faires Verfahren. Ein Verfahren, das den Ansprüchen nach Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit gerecht wird.

Schweiz:

Ernährungssicherheit JA

von Martina Niedermann, SP Altstadt/Mattenbach

Es gab ein langes Hin und Her in den Räten in Bern. Und am Ende resultiert ein Vorschlag, der faktisch am Status Quo nichts ändert! Der Bundesrat hat sich klar gegen die ursprüngliche Initiative ausgesprochen, welche die Agrarpolitik von 2014 – 2017 teilweise rückgängig machen wollte. Nachdem der bundesrätliche Gegenvorschlag in der Vernehmlassung durchgefallen war, stellte der Bundesrat sich hinter den Vorschlag des Ständerates und die Volksinitiative wurde zurückgezogen.

Nur am Rande bemerkt, wenn wir das Mittelland weiter in dem Tempo zubetonieren und die Bevölkerung immer

rascher wächst (bereits rasant von 6 Mio. auf über 8 Mio.), dann wird das mit der Sicherung des Kulturlandes nicht aufgehen. Vielleicht wird der Klimawandel helfen, dass es zunehmend möglich wird, robustere Getreidesorten und Mais auch in Voralpinen oder Alpinen Gebieten anzubauen, wo es noch freie Flächen hat. Insofern ändert da ein Ja zu diesem Gegenvorschlag des Ständerates zur ursprünglichen Initiative wohl relativ wenig. Fazit: viel Bürokratie, viel Zeit in Bern verplempert um den Status Quo zu zementieren mit sehr ungewissen Erfolgsaussichten. (Infos: www.ernaehrungssicherheit-ja.ch)



Kanton Zürich:

Nein zum Integrationsstopp

von Jasmin Bertsch, SP Altstadt/Mattenbach

Am 24. September 2017 kann der Kanton Zürich nach 2011 erneut darüber abstimmen, ob Personen mit einer vorläufigen Aufnahme in der Schweiz reguläre Sozialhilfe oder den Asylansatz erhalten sollen. Der Kantonsrat hat am 3. April 2017 einer entsprechenden parlamentarischen Initiative zugestimmt. Zahlreiche Gemeinden und vor allem auch Winterthur haben das Städte- und Gemeindereferendum ergriffen.

Zur Erklärung: Vorläufig aufgenommene Ausländer sind hauptsächlich Personen, deren Asylgesuch in der Schweiz abgelehnt wurde, allerdings ist eine Rückkehr in ihr Heimatland aufgrund der aktuellen Lage nicht zumutbar. Dies betrifft vor allem Personen, die aus einem Kriegsgebiet flüchten. Sollte sich der Situation in ihrem Herkunftsland verbessern und stabilisieren, müssen sie jedoch wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Viele der vorläufig aufgenommenen Ausländer leben zu Beginn ihres Aufenthaltes von der Sozialhilfe. Mehrere Faktoren erschweren ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt und somit eine eigenständige Lebensweise. Hauptsächlich sind dies die fehlenden Sprachkenntnisse, die nicht anerkannte Ausbildung und der Status an sich.

Arbeitgeber scheuen sich häufig davor Personen mit einer vorläufigen Aufnahme anzustellen, da nicht klar ist, wie lange sie in der Schweiz bleiben. Dabei hat eine Untersuchung des Staatssekretariats für Migration gezeigt, dass sie durchschnittlich 6,3 Jahre in der Schweiz bleiben. Eine weitere Hürde für die Arbeitgeber sind die komplizierten Verfahren für eine Arbeitsbewilligung sowie die Abrechnung mit den Spezialabzügen. Der Bundesrat hat diese Schwierigkeit erkannt und es sind Ideen zur Änderung vorhanden.

Der schwierige Zugang zum Arbeitsmarkt hat zur Folge, dass viele der vorläufig Aufgenommenen von der Sozialhilfe leben müssen. Die Sozialhilfe hat die Möglichkeit eine Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Hierbei wird vor allem die Sprache und die berufliche Ausbildung gefördert. Die Gemeinden haben einen klaren Anreiz, die vorläufig Aufgenommenen von Anfang an zu fördern. Während bis zu 7 Jahren können die Gemeinden nämlich die Kosten beim Kanton zurückfordern, erst danach geht es zu Lasten der Gemeindekassen. Würden nun die vorläufig Aufgenommenen zurückgestuft und nicht mehr in der regulären Sozialhilfe unterstützt, so würde auch dieser Anreiz verloren gehen. Für einen Asylsuchenden erhält eine Gemeinde nämlich nur Fr. 36.00 pro Person und Tag für sämtliche Leistungen. Die Gemeinden würden mit grosser Wahrscheinlichkeit wegen Kostengründen auf eine Integration der vorläufig Aufgenommenen verzichten. Die Konsequenz der fehlenden Integration wird sein, dass die vorläufig Aufgenommenen keine Chance auf eine Integration in den Arbeitsmarkt haben und somit dauerhaft auf die Asylfürsorge angewiesen sind, wodurch die Kosten für die Gemeinden wieder steigen.

Aber nicht nur die Gemeinden würden bestraft durch das neue Gesetz. Allen voran leiden die Betroffenen unter noch weniger Geld. Bereits die Sozialhilfe ist sparsam berechnet, allerdings soll sie in einem kleinen Mass die soziale Teilhabe ermöglichen. Mit der Asylfürsorge ist eine soziale Teilnahme am Leben nicht mehr möglich. Die Gefahr einer Ghettoisierung und Isolation der Betroffenen erhöht sich und gefährdet somit den sozialen Frieden in der Schweiz. (www.integrationsstopp-nein.ch)

Jahresbericht 2016/2017

SP Altstadt/Mattenbach

Vor einem Jahr am 9. Juni 2016 fand die Jahresversammlung statt. Diesmal recht früh im Jahr, damit der Anlass nicht mit der Fussball-WM in Frankreich kollidierte. Dabei wurde der Vorstand bestehend aus Silvana Naef, Martina Niedermann, Walter Steiger und Benedikt Zäch bestätigt. Nach dem offiziellen statuarischen Teil gab es einen kleinen Behördenanlass, wo Andi Dauru Aktuelles aus dem Kantonsrat berichtete, Christa Meier aus dem GGR und Martina Niedermann aus der KSP Stadt-Töss, unter anderem, wie die Zusammenführung der beiden Kreise gelaufen war und einige Aktualitäten, so sie nicht unter das Amtsgeheimnis fielen. So blieben wir sitzen bis 22:20 Uhr und genossen den feinen Apéro.

Der Vorstand trifft sich in regelmässigen Abständen und bringt auch 4-5 SPAM-Infos heraus. Da es kein GGR-KR- oder SR-Wahljahr war, verlief es etwas ruhiger und wir

waren weniger präsent auf der Strasse.

Im Januar gab es einen kurzen Wahlkampf für die Stadtratsersatzwahl mit einem Suppenzmittag am 22. Januar 2017 um Christa Meier zu unterstützen.

Ebenfalls machten wir vor dem Deutwegzentrum eine Standaktion im heftigsten Schneegestöber. Einige verteilten zusätzlich Flyer im Quartier. Christa erreichte ein respektables Resultat, verzichtete dann aber zugunsten von Jürg Altwegg auf den zweiten Wahlgang, damit seine Wahlchancen gewahrt blieben und er wurde dann auch gewählt!

Statt einem Spaghettessen vor Weihnachten machten wir es erst am 25. Februar 2017 bei Paul Lehmann daheim und es wurde ein toller Abend. Danke Paul für Deinen Aufwand!

Liebe Genossinnen und Genossen

In der letzten Mitgliederversammlung wurde ich von den Anwesenden in den Vorstand der SP Altstadt/Mattenbach gewählt, daher möchte ich mich euch kurz vorstellen:

Seit mittlerweile drei Jahren darf ich in der schönen Stadt Winterthur wohnen. Die Stadt steht ihrem guten Ruf in nichts nach und ich fühle mich sehr wohl hier. Vor allem das kulturelle Angebot hat mich begeistert. Nach Winterthur kam ich durch meinen Beruf, da ich als Sozialarbeiterin in der Stadt Kloten arbeite. Ursprünglich komme ich aus St. Gallen.

In meiner Freizeit reise ich gerne, spiele Badminton und besuche oft Konzerte. Nun kommt neu auch noch die Politik hinzu. Vor bald 1.5 Jahren habe ich mich zum Schritt entschieden, mich aktiv politisch zu engagieren. Auslöser dafür war der grosse Rechtsrutsch bei den letzten nationalen Wahlen. Ich war zwar schon immer politisch interessiert, doch wusste ich nie so recht, welche Partei für mich die Richtige ist. Da die SP in den Themen Migration, Soziales, Bildung, Kultur und Finanzen viele meiner Anliegen vertritt, entschied ich mich, ihr beizutreten. Anstatt wie geplant zuerst mal nur zuzusehen bin ich nun schon nach einem Jahr Mitgliedschaft im Vorstand der SP Altstadt/Mattenbach aktiv. Zudem durfte ich mich auch gleich auf die Liste für die Gemeinderatswahlen 2018 setzen lassen. Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen und darauf, viele von euch persönlich kennen zu lernen.

Liebe Grüsse

*Jasmin Bertsch
Vorstandsmitglied SP Altstadt/Mattenbach*

